

NEUMARKT

# „Unwahrheit wurde gesprochen“

Im Gemeinderat kam auch das OGH-Urteil zuungunsten der Gemeinde zur Sprache.

Wissen wir schon die genauen Kosten? Die Rede war zuletzt von etwa 50.000 Euro.“ Auf das OGH-Urteil, den Streit in der Marktgemeinde Neumarkt betreffend, wurde Bürgermeister Josef Maier (ÖVP) in der jüngsten Sitzung des Gemeinderats von Michael Kribitz (FPÖ) angesprochen. Die Kosten konnte der Bürgermeister nicht mitteilen: „Wir haben die Abrechnung noch nicht im Haus.“

Worum es bei dem Prozess gegangen ist in Kurzfassung: Die Gemeinde klagte die Bürgerliste ZNN, unter anderem aufgrund des Inhalts von Aussendungen der Bürgerliste (wir berichteten). Alle Fraktionen im Gemeinderat (ÖVP, SPÖ, Grüne und FPÖ), bis auf die Liste natürlich, beschlossen diese Klage. In erster Instanz bekam die Gemeinde in allen Punkten recht, alle weiteren Instanzen entschieden zugunsten der Bürgerliste. Zuletzt auch der Oberste Gerichtshof.

Maier nutzte auch die Gelegenheit, seine Sicht der Dinge kundzutun: „Ich muss schon



Neumarkts  
Bürgermeister  
Josef Maier ÖVP

noch einmal sagen, dass wir diese Aussendungen nicht gemacht haben. In der ersten Instanz hat es eine vollständige Verurteilung gegeben und es ist Folgendes klar herausgekommen: Es ist die Unwahrheit gesprochen worden, das wurde auch in der Oberinstanz nicht entkräftet.“

Die Bevölkerung sei mit unwarhen Tatsachen versorgt worden. Vier unterschiedliche Fraktionen seien gegen diese Art und Weise vorgegangen, und das völlig vereint, wie der Bürgermeister betont. Man sei der Auffassung gewesen, dass die Bürgerliste „unwahr, unanständig und unrichtig“ gehandelt habe. Maier: „Das hat aus meiner Sicht mit kritischer, politischer Arbeit nichts mehr zu tun. Wenn es auch rechtmäßig ist: ob es moralisch vertretbar ist, müssen diese Personen selbst wissen.“

Er geht davon aus, dass die Bevölkerung vonseiten der Bürgerliste auch „weiterhin mit Unwahrheiten“ versorgt wird.

Michaela Egger